

W WELS Büro des Bürgermeisters	
Eingel. am	20. Okt. 2023 <i>q52</i>
Tgb.Nr.	<i>38943</i>

DRINGLICHKEITSANTRAG

Die SPÖ- und die Grünen-Fraktion stellen gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. „Der Dringlichkeitsantrag entspricht den Formerfordernissen nach § 7 Abs. 1 GOGR.“
2. „Das zuständige Stadtsenatsmitglied wird anlässlich der jüngst beschlossenen Frauen-Schutzunterkunfts-Vereinbarung ersucht, mit der Oö. Landesregierung Verhandlungen darüber aufzunehmen, dass es künftig eine Frauenübergangswohnung bzw. eine Notwohnung für Frauen in schwierigen Situationen in Wels gibt.“

Begründung:

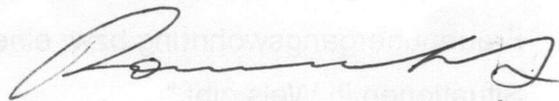
Nach wie vor sind zahlreiche Frauen in Österreich von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen, insbesondere innerhalb einer Partnerschaft. Rund jede dritte Frau ab 15 erlebt körperliche und/oder sexuelle Gewalt. In Oberösterreich führte das Gewaltschutzzentrum im Jahr 2022 über 20.000 Beratungsgespräche durch, alleine in Wels wurden von der Exekutive in diesem Zeitraum 200 Betretungs- und Annäherungsverbote ausgesprochen. Nochmal so viele wurden in den Bezirken Wels-Land, Grieskirchen und Eferding ausgesprochen. Diese Zahlen zeigen, wie notwendig ein flächendeckendes Angebot von Gewaltschutzeinrichtungen, wie etwa Frauenhäuser und Übergangswohnungen, nach wie vor ist.

Der Bund und die Länder sind daher im Rahmen der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über Schutzunterkünfte und Begleitmaßnahmen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder (Frauen-Schutzunterkunfts-Vereinbarung) übereingekommen, das Angebot an Frauen- und Kinderplätzen sowie Beratungs- und Betreuungsleistungen, insbesondere in Übergangswohnungen, österreichweit auszubauen. Der Bund stellt dem Land Oberösterreich dafür insgesamt rund 2 Millionen Euro in den Jahren 2023-2026 zur Verfügung. Auch in der bereits im Jahr

2018 einstimmig in der Oö. Landesregierung beschlossenen Frauenstrategie „Frauen.Leben 2030“ wurde ein Ausbau der Frauenübergangswohnungen auf eine Wohnung je Bezirk als Ziel angegeben. Derzeit gibt es in Wels lediglich eine, komplett privat finanzierte und daher nicht nachhaltig gesicherte, Übergangswohnung. Dabei gibt es in Wels und den Umlandgemeinden aber durchaus Bedarf für weitere Übergangswohnungen bzw. Notwohnungen für Frauen in schwierigen Situationen.

Das zuständige Stadtsenatsmitglied wird daher dringend ersucht, mit der Oö. Landesregierung Verhandlungen dahingehend aufzunehmen, dass die vom Bund im Rahmen der 15a-Vereinbarung zur Verfügung gestellten Mittel auch für einen Ausbau des Angebots für von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern in Wels verwendet werden.


(SCHINDLAUER)


(RAMMERSTORFER)


(Ganzert)

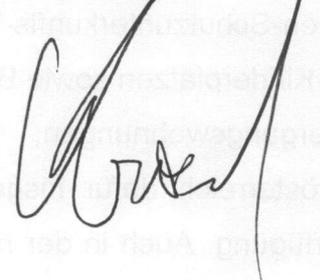
20. Okt. 2023 11:56 Uhr

Beschluss des Gemeinderates
vom 23. Okt. 2023

Antrag

~~einstimmig~~ - mit Stimmenmehrheit
~~angenommen~~ - ~~abgelehnt~~ - ~~zurückgestellt~~

Der Vorsitzende:



Antrag GOER
Zuweisung i.d.
SOZIAL-, KULTUR + FRAUENAUSSCH.

22 JA (FPÖ, ÖVP, NEOS, NFG)
13 NEIN (SPÖ, GRÜNE)